

UWG „importiert“ Attendorner Beschluss

Wenden Abstimmung über Stellungnahme zum Gefahrenabwehrzentrum um kritische Anmerkungen ergänzt



EINE DER ZENTRALEN EINRICHTUNGEN DER FEUERWEHREN IM KREIS OLPE IST EINE SOLCHE ATEMSCHUTZ-ÜBUNGSTRECKE, DERZEIT IN ATTENDORN UNTERGEBRACHT. LANGFRISTIG SOLL AUCH DIESE INS GEPLANTE GEFAHRENABWEHRZENTRUM VERLAGERT WERDEN. SZ-ARCHIVFOTO: DACH

Noch ist mit dem Beschluss keine finanzielle Zusage verbunden. Die CDU stimmte den Unabhängigen schließlich zu.

win ■ Eine besondere Art interkommunaler Zusammenarbeit: Auf Anregung der UWG hat der Rat der Gemeinde Wenden am Mittwoch eine Beschlussvorlage der Stadt Attendorn quasi nach Wenden „importiert“.

Es ging um das Thema Gefahrenabwehrzentrum. Bekanntlich plant der Kreis Olpe, auf der Rüblinghauser Höhe ein solches Zentrum zu errichten, in dem eine neue Rettungswache, die neue Kreisleitstelle und feuerwehrtechnische Einrichtungen unter einem Dach vereint werden sollen. Während die ersten beiden Teile originär eine Kreisangelegenheit sind, ist der dritte Bestandteil eine Sache der Feuerwehren und damit der Städte und Gemeinden. UWG-Fraktionschef Thorsten Scheen meldete sich im Rat zu Wort: Im Hauptausschuss habe Bürgermeister Bernd Clemens (CDU) von gleichlautenden Beschlussvorlagen in allen Kommunen berichtet. Er sei aber darauf gestoßen, dass die Stadt Attendorn, anders als alle übrigen Kommunen, eine deutlich schärfere Stellungnahme formuliert habe, die dort am 30. Juni zur Abstimmung stehe. „Und die sehen es genauso wie wir. Daher bitte ich darum, unseren Beschlussvorschlag zu ergänzen.“

Im Einzelnen möchte die Stadtverwaltung Attendorn ihre Zustimmung zur weiteren Planung davon abhängig machen, dass „zur Vermeidung erheblicher finanzieller Risiken“ das Einvernehmen mit den Krankenkassen als anteilige Kostenträger vor der Umsetzung der Maßnahme verbindlich herzustellen sei. Auch solle der Kreis eine separate Bedarfsermittlung bezüglich des Brand- und Katastrophenschutzes (Aufgabe des Kreises) und der Feuerwehr (Aufgaben der Kommunen) sowie ein „belastbares Nutzungs- und Betriebskonzept mit Darlegung der monetären Belastungen für die kommunalen Haushalte“ erstellen.

Was folgte, hatte etwas von „verkehrter Welt“, denn nicht die CDU verteidigte den CDU-geführten Kreis, sondern die Grünen taten es. Hiltrud Ochel, die nicht nur im Gemeinderat, sondern auch im Kreistag sitzt, versuchte, Scheen in die Schranken zu weisen. „Die Krankenkassen haben nichts damit zu tun, über was wir hier heute abstimmen.“ Sie empfahl der UWG, „mal eure Kreistagsmitglieder zu fragen, worum es geht“.

Bürgermeister Bernd Clemens (CDU) betonte an die UWG gewandt, es habe Gespräche mit allen Feuerwehren aus dem Kreis gegeben, „im Grunde wurde das alles so besprochen, was hier heute steht. Ich bin ehrlich überfragt, ob wir diese Passagen wirklich aufnehmen sollten.“

Und Elmar Holterhof (Grüne), ebenfalls mit Doppel-Mandat für Rat und Kreistag ausgestattet, empörte sich über den Attendorner Vorstoß: „Es ist schon erstaunlich, wenn die reichste Stadt sich so über eine monetäre Belastung aufregt.“

Scheen indes widersprach Ochel und Clemens: Es gehe bei diesen Forderungen „doch nur um das, was auf uns Kommunen zukommt“. Dabei sei zu beachten, dass, wenn die Krankenkassen sich nur mit dem Mindestbetrag beteiligen, der Rest via Kreisumlage auch auf die Kommunen zukomme. „Wir haben da zwar kein Mitspracherecht, aber eine Verantwortung.“ Er stieß damit auf Zustimmung bei der CDU. Fraktionsvorsitzender Martin Solbach: „Solange mir keiner sagt, was diese Ergänzung behindert, lasst sie uns doch aufnehmen.“

Hiltrud Ochel warnte vor einem solchen Schritt, denn dies könne bedeuten, dass die Arbeit der freiwilligen und damit ehrenamtlichen Feuerwehr eingeschränkt oder erschwert werde. Martin Solbach wies das von sich: „Irgendwie fühle ich mich in einem falschen Film. Wir diskutieren hier über die tollsten Sachen, haben mehrere Minuten über eine Regenbogenflagge gesprochen, und jetzt sollen wir uns hier über mehrere Millionen nicht austauschen und Gedanken machen?“

Wir haben da zwar
kein Mitspracherecht, aber eine Verantwortung.

Thorsten Scheen

UWG Wenden

Bürgermeister Clemens versuchte erfolgreich, die Wogen zu glätten. Es gehe doch zunächst nur um grünes Licht für den Kreis, um die Planungen bis zur Leistungsphase 2 voranzutreiben. „Wenn wir dem Kreis dann noch mit auf den Weg geben, dass wir weitere Planungen kritisch beobachten, dann spricht da doch nichts gegen. Dann kann der Kreis weiterarbeiten. Wir vergeben uns nichts.“ Damit fand die „Attendorner“ Beschlussvorlage das einstimmige Votum des Wendener Rates, wobei die fünf Grünen-Ratsvertreter sich der Stimme enthielten.
